

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Regulierungspreis: Durch unsern...
Preis: 10 Pf. monatlich...
Anzeigenpreis: 10 Pf. pro Zeile...

Regulierungspreis: Durch unsern...
Preis: 10 Pf. monatlich...
Anzeigenpreis: 10 Pf. pro Zeile...

Nr. 12

Dienstag, den 15. Januar 1918

13. Jahrgang

Winkelzüge der Russen in Brest-Litowsk.

Unterbrechung der Verhandlungen. — Scharfe Zurechtweisung der Russen.

Die Bedeutung Antwerpens für Deutschland.

Antwerpen ist oft — auch schon lange vor dem Kriege — als ein „deutscher Seehafen“ bezeichnet worden. Und es ist interessant, daß Paul Krondt in der „Zeitschrift für Sozialwissenschaft“ den Versuch macht, die Berechtigung dieser Bezeichnung auf Grund statistisch feststehender Tatsachen zu untersuchen. Was den Seeverkehr Antwerpens betrifft, so zeigt sich zunächst die Geringsfügigkeit der eigenen belgischen Seeschifffahrt; nur etwa 6 Proz. des Seeverkehrs des belgischen Haupthafens entfielen auf die heimische Flagge. Antwerpen war vor dem Kriege ganz international. Zwei Flaggen, die englische und die deutsche, beherrschten mehr als drei Viertel des Verkehrs, erstere mit 44, letztere mit 32 Proz. Die deutsche Flagge war in Antwerpen in unaufhaltsamem Vordringen begriffen. Während ihr Verhältnis zur englischen im Jahre 1913 etwa 3 : 4 war, war es im Jahre 1900 erst 1 : 2 (1 584 708 zu 3 210 678 Reg.-Tonnen) gewesen. Was die Menge der ab- und aufgeladenen Güter betrifft, so stand Deutschland im Antwerpener Auslandsverkehr im Jahre 1912 sogar an erster Stelle. In Antwerpen gingen nach oder kamen von Deutschland 3 865 000 Tonnen (Einfuhr 2 269 000, Ausfuhr 1 596 000 Tonnen); England stand mit 3 080 000 Tonnen an zweiter Stelle. In dem benachbarten Gent, dem zweitgrößten Seehafen Belgiens, war übrigens das Verhältnis für England noch ungünstiger (Deutschland 965 000, Frankreich 819 000, England 771 000 Tonnen). Auch die Gesamtziffern der Beteiligung der einzelnen Länder am Umschlagsverkehr in allen belgischen Seehäfen zeigen, welche überaus starke Stellung Deutschland im belgischen Seeverkehr vor Kriegsausbruch erlangt hatte. Im Fluß- und Kanalschiffsverkehr Antwerpens mit dem Auslande stand Deutschland ebenfalls trotz der mangelhaften Verbindung des Hafens mit dem Rhein bei weitem an der Spitze. Es übertraf besonders Frankreich in dieser Hinsicht gewaltig. Auf den im Jahre 1912 aus Deutschland gekommenen Schiffen mit einem Laderaum von ungefähr 2,9 Mill. Tonnen sollen nach einer belgischen Statistik Güter im Gewicht von 2,17 Mill. Tonnen eingeführt worden sein, während 1,3 Mill. Tonnen auf den Rheinschiffen von Antwerpen nach Deutschland befördert wurden. Unter den Ländern, die vor dem Kriege den lebhaftesten Warenaustausch mit Belgien unterhielten und es im internationalen Verkehr als Durchfuhrland benutzten, stand Deutschland bei weitem an erster Stelle. Der gesamte belgische Auslandsverkehr belief sich auf insgesamt 13 788 Mill. Fr. Von dieser gewaltigen Summe entfielen auf Deutschland 3032 Mill. Fr., England 1730 Mill. Fr., Frankreich 2602 Mill. Fr., die U. St. von Amerika 780 Mill. Fr. und Holland 1140 Mill. Fr. Aus allen diesen Zahlen ergibt sich, daß am internationalen Verkehr Antwerpens und ganz Belgiens kein Volk so großen Anteil hatte wie das deutsche. Kein Wunder, daß Tausende von Deutschen an der Schelde dauernd oder vorübergehend ihren Wohnsitz aufgeschlagen, und daß zahlreiche deutsche Firmen in Antwerpen Niederlassungen gegründet, teilweise sogar ihren ganzen Geschäftsbetrieb dorthin verlegt hatten! Antwerpen war in den letzten Jahrzehnten eines der wichtigsten Organe der deutschen Volkswirtschaft geworden. Es bildete für Deutschland einen der besten Zugänge zum Weltmarie.

Politische Uebersicht.

Was geht in Berlin vor?

Eine halbamtliche Erklärung.

Berlin, 14. Januar. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt unter der Ueberschrift: „Tatsachen und Gerüchte“: Der Reichskanzler Dr. Graf von Hertling hat in den letzten Tagen mehrfach Sr. Maj. dem Kaiser Vortrag gehalten und zahlreiche Besprechungen gehabt. Ein vertrauliche Aussprache hat zwischen dem Reichskanzler und den zurzeit hier anwesenden Beersführern stattgefunden. Die Mitteilungen über den heute einderufenen Kronrat sind unrichtig. Es liegt keine Differenz vor, die eine Entscheidung im Kronrat verlangte. Auch sonst gehen mancherlei unrichtige Nachrichten durch einzelne Blätter. So wird gemeldet, daß der Staatssekretär von Kühlmann und der Botschafter Graf Bernstorff in Berlin eingetroffen seien. Beide Angaben sind falsch.

Der heutige amtliche Kriegsbericht.

Großes Hauptquartier, 15. Januar.
Westlicher Kriegsschauplatz.
Keine besonderen Ereignisse. An verschiedenen Stellen der Front Artilleriekampf.
Ostlicher Kriegsschauplatz.
Nichts Neues.
Mazedonische Front.
Die Lage ist unverändert.
Italienische Front.
Starke Angriffe, die der Italiener gegen die österreichisch-ungarischen Stellungen am Monte Melous und Monte Vertica führte, sind unter schweren Verlusten gescheitert.
Der tagsüber in den Angriffsschnitten anhaltende Feuerkampf dehnte sich zeitweilig über die Brenta nach Osten bis zur Piave aus. Auch längs der unteren Piave und in Verbindung mit italienischen Vorstößen am Piavedelta war die Artillerietätigkeit vielfach gesteigert.
Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Zeitungsgerüchte.

Die Berliner Presse ergeht sich in vielen Vermutungen über den Gang der Ereignisse, die ganz unkontrollierbar sind, so daß es zwecklos wäre, alle Gerüchte wiederzugeben. Tatsache scheint jedoch zu sein, daß wir uns in einer zugespitzten Kriegskrise befinden. Nach dem „Vorwärts“ erzählt man sich, daß der Kurs der äußeren und der inneren Politik eine ganz plötzliche Schwankung erfahren soll, daß Kühlmann infolgedessen gehen und Hertling nicht mehr lange bleiben werde. Welcher Art die Richtung ist, der man den Sieg zuspricht, brauche kaum noch näher gesagt zu werden. Es handle sich um die „Aufstellung eines hüllen- und lückenlosen Annexionsprogramms in Ost und West und um die sich daraus von selbst ergebenden innerpolitischen Konsequenzen.“

Entscheidungen von großer Tragweite.

Es scheint sicher zu sein, daß der Rücktritt des Chefs des Zivilkabinetts, von Valentini, bevorsteht; als sein Nachfolger wird der Oberpräsident von Ostpreußen, Landeshauptmann von Berg, genannt. Die erwähnte wird wieder die angebliche „Anwesenheit des Fürsten Bälou in Berlin. Wie die „Deutsche Zeitung“ sagt, ist die Entscheidung, die letzten Endes beim Kaiser liegen wird, von einer ungeheuren Tragweite. Eine Aufklärung ist durch die bevorstehende Rede des Reichskanzlers zu erwarten, die am Dienstag oder Mittwoch erfolgen soll. Inzwischen arbeitet man, nach der „Deutschen Zeitung“, von London aus feberhaft, um Einfluß auf den Gang der politischen Dinge in Berlin zu gewinnen.

Verflechtung der Rangierrede.

Der Reichskanzler wird nicht schon Mittwoch im Hauptauschuß des Reichstages, sondern erst einige Tage später sprechen. Ueber Zeitungsmeldungen, daß eine Aenderung in der Auffassung über die Entwicklung Polens eingetreten sei, erfährt man, daß in dem bisherigen Gang der Angelegenheit sich nichts geändert hat.

Die Empfänge beim Kaiser.

Wie der „Berl. Lokal-Anz.“ hört, wurden die Empfänge beim Kaiser gestern vormittag fortgesetzt. Den Beginn machte eine Besprechung, zu der der Kaiser den Kronprinzen empfing. Darauf kam der Unterstaatssekretär Freiherr von dem Busche zum Vortrag, worauf der Reichskanzler und Generalfeldmarschall von Hindenburg gemeinsam vom Kaiser empfangen wurden. Nach Beendigung dieser Besprechung hielt der Kaiser dem Feldmarschall noch längere Zeit zu besonderem Vortrag zurück.

Die Verhandlungen in Brest-Litowsk.

Die Beendigung des Kriegszustandes.
Am 11. Januar konstituierte sich eine deutsch-österreichisch-ungarisch-russische Kommission zur Beratung der territorialen Fragen. Sie hielt am 11. und 12. drei Sitzungen ab, die folgenden Verlauf nahmen:

Zunächst wurde festgestellt, daß an die erste Stelle des abzuschließenden Friedensvertrages die Beendigung des Kriegszustandes zwischen den kriegsführenden Teilen ausgesprochen werden soll. Dagegen lehnte es Trojki ab, es anschließend hieran auszusprechen, daß die vertragsschließenden Teile entschlossen seien, „fortan in Frieden und Freundschaft zu leben“. Trojki fand, daß dies eine dekorative Frage sei, die nicht den Sinn der Beziehungen kennzeichne, welche zukünftig zwischen dem russischen und dem deutschen Volke bezw. den Völkern Österreich-Ungarns bestehen würden. Er hoffe, daß ganz andere Dinge die Beziehungen zwischen den Völkern beeinflussen würden. Nach einer Diskussion über diesen Punkt wurde beschlossen, auf den Gegenstand in einem späteren Zeitpunkt zurückzukommen. Dann wurde festgestellt, daß Einvernehmen darüber herrsche, die Räumung der von beiden kriegsführenden Parteien besetzten Gebiete prinzipiell auf der Grundlage der vollen Gegenseitigkeit zu stellen derart, daß die Räumung des besetzten Gebietes an die Räumung der von Rußland besetzten Gebiete Österreich-Ungarns, der Türkei und Persiens zu knüpfen sei.

Die Räumung Persiens.

Persien wurde aus diesem Zusammenhang gestrichen, da es nicht ein kriegsführender Teil sei. Trojki schlug vor, den Satz einzuschalten: „Rußland verpflichtet sich, in möglichst schneller Zeit seine Truppen aus den Gebieten des besetzten neutralen Persiens herauszuführen“, und fügt hinzu, daß er keinen anderen Grund zu dieser geplanten Aenderung habe, als den Wunsch, das schreiende Unrecht zu betonen, daß von der früheren russischen Regierung gegenüber dem neutralen Lande begangen worden sei. Hierzu bemerkte Staatssekretär von Kühlmann er begrüße die Erklärung um so mehr, als auf Seiten der Zentralmächte für das alte Kulturvolk der Perser die allerlebhaftesten Sympathien beständen und sie nichts mehr wünschten, als daß Persien in Zukunft frei von Unterdrückung seine nationale Kultur pflegen könnte.

Wann sollen die Gebiete geräumt werden?

Es kam sodann die Frage zur Besprechung, in welchem Zeitpunkt die Räumung der besetzten Gebiete zu erfolgen haben werde. Der deutsche Vorschlag ging dahin, die Räumung an einen Zeitpunkt zu knüpfen, in welchem nach Friedensschluß Rußland seine Streitkräfte demobilisiert haben werde. Die Räumung der besetzten Gebiete an die erfolgte Demobilisation der russischen Streitkräfte zu binden, sei deshalb notwendig, weil die Gefahr vorliege, daß Rußland, bevor seine Streitkräfte demobilisiert seien, infolge Veränderung in seinem Regierungssystem und seinen Absichten jederzeit in der Lage wäre, wieder offensive Operationen durchzuführen. Trojki sprach demgegenüber den Wunsch aus, die Räumung der besetzten Gebiete parallel mit dem Verlauf der beiderseitigen Demobilisierung durchzuführen, worüber nähere Vereinbarungen zu treffen wären. Nach einem Hinweis des Staatssekretärs von Kühlmann darauf, daß nach dem russischen Vorschlag die Räumung der besetzten Gebiete bis zum Abschluß des allgemeinen Friedens hinausziehen müsse, wurden die Beratungen über diesen Punkt abgebrochen.

Welche Gebiete sind zu räumen?

Es gelangte nun die Frage zur Erörterung, auf welche Teile der besetzten Gebiete sich die Räumung zu erstrecken habe. Hierzu führte Staatssekretär von Kühlmann aus: Wie aus der Definition des Wortes „Räumung“ hervorgeht, erstreckt sie sich nur auf diejenigen besetzten Gebiete, welche noch Teile des Staatsgebietes derjenigen Macht sind, mit der Friede geschlossen wird. Auf solche Gebiete, welche bei Eintritt des Friedens nicht mehr Teile dieses Staatsgebietes bilden, erstreckt sie sich nicht. Es würde also in eine Untersuchung darüber einzutreten sein, ob und welche Teile des ehemaligen russischen Gebietes bei Eintritt des Friedens noch als zum russischen Gebiet gehörig betrachtet werden könnten. Die russische Regierung hat entsprechend ihren Grundsätzen für alle in Rußland lebenden Völker ohne Ausnahme in bis zu ihrer völligen Absonderung gehendes Selbstbestimmungsrecht proklamiert. Wir behaupten, daß in Ausübung dieses Selbstbestimmungsrechtes in einem Teile der besetzten Gebiete die zur Vertretung der betreffenden Völker de facto bevollmächtigten Repre-